

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
(59. - öffentliche - Sitzung am 7. Oktober 2015)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016 - HG 2016 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4093](#)
- b) **Mittelfristige Planung Niedersachsen 2015 - 2019**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 17/4163](#)

*Der Ausschuss behandelte den **Einzelplan 11** - Justizministerium - und das in seinem Zuständigkeitsbereich liegende **Kapitel 20 11** des **Einzelplans 20** - Hochbauten. Er nahm die Einbringung durch die Justizministerin entgegen und führte die Allgemeine Aussprache durch.*

2. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2016**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4188](#)

Der Ausschuss stellte die Mitberatung zurück.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2015 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2015)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4290](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP schloss er sich einstimmig der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

4. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum zweiten Nachtragshaushalt des Haushaltsjahres 2015**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4291](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP schloss er sich einstimmig der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

5. **Entwurf eines Gesetzes zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Teilhabe muslimischer Organisationen am Fernsehrat des ZDF**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/3913](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der CDU gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP schloss sich der Ausschuss der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 3 anzunehmen.

6. **Wirksame Resozialisierung von Inhaftierten ermöglichen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/3554](#)

Der Ausschuss kam überein, zu dem Antrag zunächst eine schriftliche und dann eine mündliche Anhörung durchzuführen. Er beauftragte die Sprecher der Fraktionen, am Rande des Oktober-Plenums den Kreis der schriftlich Anzuhörenden und einen Termin für die mündliche Anhörung festzulegen.

7. **25 Jahre Vollendung der Deutschen Einheit - die Opfer der DDR-Diktatur würdigen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4178](#)

Der Ausschuss setzte diesen Punkt von der Tagesordnung ab.

8. **Wirtschafts- und Finanzkriminalität wirksam bekämpfen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/3103](#)

Der Ausschuss bekräftigte seine in der 46. Sitzung am 6. Mai 2015 gefassten Verfahrensbeschlüsse. Er bat die Landesregierung, ihn in der nächsten Sitzung über den Gegenstand des Antrages und ihre Haltung zum Antrag zu unterrichten. Die Ausschüsse für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, für Haushalt und Finanzen sowie für Inneres und Sport ersuchte der Ausschuss, die erbetenen Stellungnahmen demnächst abzugeben.

9. **Beschlussfassung über**

a) den Antrag der CDU-Fraktion auf Unterrichtung durch die Landesregierung über das Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zum Explosionsunglück in Ritterhude

b) den Antrag der FDP-Fraktion auf Unterrichtung durch die Landesregierung über „die vermeintliche Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens gegen Prof. Dr. Winterkorn im Zusammenhang mit der VW-Abgasaffäre“

a) Einmütig bat der Ausschuss die Landesregierung, ihn in vertraulicher Sitzung über das Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zum Explosionsunglück in Ritterhude zu unterrichten. Den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz soll anheimgestellt werden, an dieser Unterrichtung teilzunehmen.

b) Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP lehnte der Ausschuss den Antrag des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP auf eine Unterrichtung durch die Landesregierung in der nächsten Ausschusssitzung über „die vermeintliche Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens gegen Prof. Dr. Winterkorn im Zusammenhang mit der VW-Abgasaffäre“ ab.

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis nahm der Ausschuss den Antrag aus den Reihen der Fraktion der Grünen an, die Landesregierung um schriftliche Unterrichtung zu diesem Punkt zu bitten.

Einstimmig nahm der Ausschuss den Antrag aus den Reihen der Fraktion der SPD an, die Landesregierung zu bitten, den Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen mündlich über den allgemeinen Stand der Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der VW-Abgasaffäre zu unterrichten.

Außerhalb der Tagesordnung kam der Ausschuss überein, zu dem von der Landesregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Jugendarrestvollzuges in Niedersachsen ([Drs. 17/4111](#)) eine Anhörung durchzuführen. Der Ausschuss bat die Sprecher der Fraktionen, am Rande des Oktober-Plenums einen Zeitplan für die Behandlung des Gesetzentwurfes zu entwerfen und die Einzelheiten des Anhörungsverfahrens zu besprechen.